

# vorwärts!

## Wir in Schleswig-Holstein



Mit deutlicher Mehrheit verabschiedeten die Delegierten den Leitantrag. Der Landesvorstand hatte schon im Vorfeld viele Vorschläge aus der Kommunalpolitik in seinen Entwurf eingearbeitet.

### Die Eckpunkte des Beschlusses

- Der Landesparteitag bekräftigt das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel der Haushaltskonsolidierung. Der Landesparteitag verkennt nicht die schwierige Finanzlage des Landes und der Kommunen.
- Der Landesparteitag stimmt den im Entwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2007/2008 vorgeschlagenen Kürzungen zu (ab 2007 jährlich 120 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich, 100 Millionen Euro im Personalbereich und 80 Millionen Euro im übrigen Landeshaushalt).
- Die geplante soziale Staffelung bei den Personalkostenkürzungen mit einer Familienkomponente wird akzeptiert.
- Die SPD lehnt eine Reihe von Ausgleichsmaßnahmen ab, die der CDU-Landesausschuss beschlossen hat (Absenkung der Kindergarten-Standards, Einschränkung von Mitbestimmungsrechten, bei

- Schülerbeförderungskosten, Naturschutz, Beteiligungsrechten junger Menschen und der kommunalen Gleichstellungsarbeit, Abschaffung des Berufsbildungs- und qualifizierungsgesetzes).
- Eine Vollkompensation der Eingriffe in die kommunale Finanzausstattung ist unter Wahrung dieser und anderer zentralen Positionen der SPD nicht realisierbar.
- Bis zu 40 Millionen Euro des kommunalen Sparbeitrages werden aus den erwarteten Steuermehreinnahmen zum 1. Januar 2007 (Mehrwertsteuer) erbracht.
- Der Innenminister legt Entlastungsmaßnahmen für die Kommunen von 50 Millionen Euro vor.
- Trotz der Kürzungen sollen den Kommunen ab 2007 mehr Mittel zur Verfügung stehen, als 2006.
- Der Koalitionsvertrag bleibt Grundlage der Arbeit der Großen Koalition.

## Ein fairer Kompromiss

Über die geplanten Kürzungen des Landes bei den Kommunen und dem Personal des Landes wurde auf dem Landesparteitag am 16. Juni in Kiel leidenschaftlich diskutiert. Der Landesvorstand nahm in seinen Leitantrag viele Anregungen der kommunalen Basis auf.

Das Thema des außerordentlichen Landesparteitags klang unverfänglich: „Die Lage der öffentlichen Haushalte in Schleswig-Holstein.“ Dahinter verbarg sich eine handfeste Kontroverse.

Das Land muss Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich abziehen und bei den Beschäftigten des Landes Personalkosten einsparen. Andernfalls droht der Haushaltsnotstand. Beide Eingriffe wurden im Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Entsprechend groß war der Unmut bei Kommunen und Landesbediensteten.

### Notwendige Einsparungen

„Die Notwendigkeit der Einsparungen von 300 Millionen Euro jährlich ist unbestritten“, erklärte Landesvorsitzender Claus Möller, der den Leitantrag des Landesvorstands einbrachte. Die CDU habe den Kommunen Sand in die Augen gestreut, als sie eine volle Kompensation versprochen habe. Mit der SPD sei weder die

Absenkung von Kindergarten-Standards, noch die Einschränkung von Mitbestimmungsrechten machbar. „Der Leitantrag ist ein fairer Interessenausgleich“, so der Landesvorsitzende.

Die Beschlüsse der CDU seien reine Ideologie und Flucht vor der Wirklichkeit, kritisierte Lothar Hay. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion: „Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindergärten glaubt die CDU denn entlassen zu können?“

### Dramatische Haushaltslage

Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave verwies auf die dramatische Haushaltslage des Landes. Es gebe zwei Alternativen, so die stellvertretende Ministerpräsidentin: „Ausgaben kürzen, alle Ebenen einbeziehen, Einnahmen verbessern und die Kernbereiche unserer Politik sichern – oder aber weiter so, bis der Staatskommissar kommt und uns jegliche Handlungsfähigkeit

nimmt.“ Letzteres könne aber niemand wollen.

### Ehrliche Aussagen

Der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), Andreas Breitner, begründete die Kritik an den Plänen. Der Leitantrag biete dennoch eine Grundlage für die Einigung, zumal er viele Vorschläge der SGK enthalte. Andreas Breitner: „Der Antrag ist ehrlicher, als der Beschluss der CDU, weil er nicht eine volle Kompensation verspricht, er ist konkreter, flexibler und gerechter.“

In der zweieinhalbstündigen Debatte wurden Kritik und Änderungsanträge eingebracht. Innenminister Ralf Stegner forderte, auch für ausreichende Staatseinnahmen zu sorgen. Ein Initiativantrag zur Unternehmenssteuer wurde in den Leitantrag aufgenommen (siehe Artikel links unten).

Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe verwies auf die Schicksalsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen: „Sie werden das Problem nur gemeinsam lösen, nicht gegeneinander.“ Pinnebergs Kreisvorsitzender Hannes Birke richtete den Blick nach vorn und appellierte an die Partei: „Raus aus der fiskalischen Diskussion, rein in die inhaltliche Auseinandersetzung mit der CDU!“ ■

## Unternehmenssteuern und öffentliche Finanzen

Tragfähige und nachhaltig gesicherte öffentliche Finanzen sind Voraussetzung für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft und für einen handlungsfähigen Staat. Einen Initiativantrag des Bundstagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann hat der Landesparteitag am 16. Juni 2006 mit dem Leitantrag des Landesvorstands beschlossen. „Vornehmliches Ziel sozialdemokrati-

scher Steuerpolitik muss es sein, dass der Staat auf allen seinen Ebenen genug finanzielle Mittel hat, um seine Aufgaben zu erfüllen“, heißt es in dem Papier.

Die Einnahmen aus der sogenannten Reichensteuer – geschätzt werden 1,3 Milliarden Euro ab 2009 – sollen demnach nicht zur Finanzierung niedrigerer Unternehmenssteuern verwendet werden. Sie sollen einen

Solidarbeitrag der Spitzen-einkommen für öffentliche Aufgaben bilden.

Für 2008 ist eine Reform der Unternehmenssteuern geplant. Dabei soll das Steueraufkommen aus diesem Bereich nicht sinken. Mit der Reform sollen Anreize für Innovation, Forschung, Entwicklung, Bildung und Weiterbildung in den Unternehmen geschaffen werden. Für den Verkauf von Unter-

nehmensbeteiligungen soll wieder ein angemessener Steuersatz erhoben werden.

Die Gewerbesteuer soll erhalten bleiben. Freiberufler sowie Land- und Forstwirte sollen dabei ebenfalls herangezogen werden. Damit wird der Ertrag dieser wichtigen kommunalen Einnahme steigen und darüber hinaus stabiler werden. ■ Vollständige Beschlusstexte im Internet: [www.spd-sh.de](http://www.spd-sh.de)

Weiterer Bericht zum Landesparteitag auf Seite II...

Die Kolumne des Landesvorsitzenden zum Landesparteitag auf Seite III...

## Personalien

■ Bei der Nachwahl von Delegierten für den Landesparteirat wählte der Landesparteitag **Kai Dolgner** (Rendsburg-Eckernförde), **Jutta Schümann** (Neumünster), und **Wolfgang Warmer** (Herzogtum Lauenburg).

■ Als Delegierten zum Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) wählte der Landesparteitag Landesschatzmeister **Jörg Wenghöfer**.

■ Innenminister **Ralf Stegner** hat seine Kandidatur für den Landesvorsitz im nächsten Jahr angekündigt. Als Stellvertreter wollen die Bundestagsabgeordnete **Bettina Hagedorn** und Rendsburgs Bürgermeister **Andreas Breitner** antreten. Landesvorsitzender Claus Möller hatte bereits auf dem Landesparteitag 2005 angekündigt, nicht über das Jahr 2007 hinaus zur Verfügung zu stehen. Der Landesvorstand wird nach einem transparenten Kandidatenfindungsverfahren einen Personalvorschlag für den neuen Landesvorstand vor dem nächsten Parteitag im Frühjahr 2007 machen.

■ Schleswig-Holsteins Bildungsministerin **Ute Erdsiek-Rave** und der Kreis Pinneberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Ernst Dieter Rossmann** sind in das „Forum Bildung“ des SPD-Parteivorstands berufen worden. ■

## Warnung vor einem rechtlichen Flickenteppich

*Der Landesparteitag hat Veränderungen an der Föderalismusreform gefordert.*

Klarheit bei politischer Verantwortung, transparente Verfahren und mehr Demokratie durch Stärkung der Parlamente: Das sind Ziele der Föderalismusreform, die alle Verantwortlichen in Bund und Ländern gemeinsam verfolgen sollten. Der SPD-Landesparteitag hat Änderungen an den vorliegenden Reformvorschlägen angemahnt.

„Der solidarische Föderalismus war bisher ein Fundament der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Dieses Fundament darf nicht zerstört werden durch einen Wettbewerbsföderalismus, der gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Solidarität erschwert oder gar verhindert“, heißt es in dem Beschluss.

Im Einzelnen fordert der Antrag, die Zustimmungsvorbehalte des Bundesrates deutlich zu reduzieren. Auch die „konkurrierende Gesetzgebung“ von Bund und Ländern muss klarer geregelt werden. Die Gefahr des rechtlichen „Flickenteppichs“ liegt in dem Recht der Länder, von



der Gesetzgebung des Bundes abzuweichen. Auch hier sollen klare Grenzen gezogen werden.

Im Bereich der Hochschulpolitik soll der Bund Kompetenzen behalten.

Im Strafvollzug sollen bundesweit einheitliche Regeln gelten. Wer strafrechtlich nach gleichem Recht verurteilt wird, darf nicht einem

Strafvollzug nach unterschiedlicher Kassenlage ausgeliefert werden.

Für die Zukunft muss ein Umweltgesetzbuch geschaffen werden, durch das das momentan zersplitterte Umweltrecht zusammengeführt wird und Genehmigungsverfahren durch bundesweit einheitliche Regelungen vereinfacht werden.

Das Heimrecht gehört, wie alle Gesetze, die den Verbraucherschutz und die Pflegequalität regeln, in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Dies gebietet nicht nur der Verbraucher-, Patienten- und Versicherungerschutz der Heimbewohner und Pflegebedürftigen.

Die Standards in der Kinder- und Jugendhilfe sind mit dem 2005 in Kraft getretenen Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe gefestigt worden.

Für die Besoldung und Versorgung im Öffentlichen Dienst soll ein bundeseinheitlicher Rahmen erhalten bleiben. ■

## Politik mit »Human Touch«

*Auf vier Regionalkonferenzen diskutierte die Partei über Personalentwicklung und ehrenamtliche Politik.*

Mehr „Human Touch“ wird in der Politik gebraucht. Das ist das Ergebnis von vier Regionalveranstaltungen des SPD-Landesverbands. Zwischen dem 31. Mai und dem 13. Juni wurden in den vier Regionen des Landes die Ergebnisse der Projektgruppen „Personalentwicklung“ und „Unsere Zukunft ist Ehrensache“ vorgestellt. Neben der Information der Basis standen sehr lebhaft Diskussionen im Mittelpunkt.

Fast alle Ideen und Vorschläge der Projektgruppen wurden interessiert aufgenommen, vor allem die Unterstützung zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2008 und bei den Direktwahlen. Aber auch die Vorschläge zur Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung und Projektarbeit vor Ort stießen auf großes Interesse. Besonders wichtig sind für die Mitglieder ein gutes Informationsmanagement und Bildungsangebote.



**Birgit Hannemann-Röttgers leitet für den Landesvorstand die Projekte zur Modernisierung der Parteiarbeit.**

Schwerpunkte in der Diskussion waren die Sorgen, vor allem im ländlichen Raum, vollständige Listen zur Kommunalwahl erstellen zu können. Bei der Vermittlung von aktuellen politischen Entscheidungen in Land und Bund sehen die Genossinnen und Genossen Defizite. Die Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik werden immer geringer. Das macht es schwierig, Menschen für die Mitarbeit zu gewinnen. Schon jetzt kla-

gen viele Ortsvereine über eine zu geringe Zahl der Aktiven.

Einige waren sich alle darin, dass in der Partei wieder mehr Herz als Kopf eine Rolle spielen soll. Junge und Alte sollen gemeinsam kämpfen für „Mehrgenerationen-Fraktionen“. Von der Programmdebatte erwarten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenzen, dass wieder eine gemeinsame Identifikation geschaffen werden kann. ■

ANZEIGE

## Kräftiger Notschlepper

Eine erhebliche Verbesserung der deutschen Notfallvorsorge in Nord- und Ostsee hat jetzt die SPD-Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht. Ein hochmoderner Hochseeschlepper soll in der Nordsee bereitgestellt werden. Dieser wird nach rund zwei Jahren Bauzeit zur Verfügung stehen.

Als Ersatz für den Hochseeschlepper „Oceanic“ setzt die SPD-Fraktion in der Nordsee jetzt auf einen

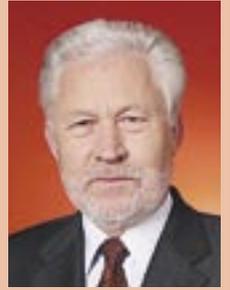
Notschlepper mit 200 Tonnen Pfahlzug und 19,5 Knoten Geschwindigkeit. Das Schiff wird einen Tiefgang von sechs Metern besitzen auch für den Einsatz unter Gas- und Explosionsgefahr ausgerüstet. Der Schlepper wird so leistungsstark sein, dass er auch bei schlechtem Wetter innerhalb von zwei Stunden an jedem Punkt des Einsatzgebietes Hilfe leisten kann. Dazu gehört auch die Feuerlöschleistung. ■

## Ein Kick für Deutschland



Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion besuchten 400 ehrenamtliche Fußballjugendtrainer die „Bundestagsarena“. Bundestagsabgeordneter Ernst Dieter Rossmann begrüßte den Scheinfelder Gerhard Manthei (links).

## Klares Profil auf allen Ebenen



Die Kürzungsbeschlüsse der Landesregierung – vor allem der Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich und die Kürzungen im Personalbereich – standen im Zentrum der Auseinandersetzungen des außerordentlichen Landesparteitages am 16. Juni 2006. Mit vielerlei Gesprächen unter Beteiligung des Landesvorstands, der Landtagsfraktion, der Landes-SGK, verschiedener Kreisverbände, einiger Ortsvereine und ad hoc gegründeten Gesprächskreisen ist es uns im Vorfeld des Landesparteitages gelungen, einen aus meiner Sicht vertretbaren Kompromiss zu finden.

Wichtiger Punkt ist: Die SPD stimmt zwar zwei gravierenden Änderungen des Koalitionsvertrages zu, sieht aber darüber hinaus keinen Bedarf zur Änderung des Koalitionsvertrages. Der mit großer Mehrheit verabschiedete Antrag beinhaltet deshalb neben Fragen von Kompensationen und Kontrollmechanismen durch die Partei auch klare politische Aussagen zu den Grundsätzen der Politik der SPD in Schleswig-Holstein. Für uns ist klar: Über die Einschnitte bei den kommunalen Finanzen lassen sich seitens der CDU nicht noch weitere SPD-Anteile im Koalitionsvertrag rausbrechen!

Wir lehnen die Vorschläge der CDU ab, die Axt bei den Kindertagesstätten, der kommunalen Gleichstellungsarbeit, den Mitbestimmungs- und

Beteiligungsrechten, der Schülerbeförderung oder dem Umweltschutz anzulegen. Dies werden wir auch in den bevorstehenden koalitionsinternen Verhandlungen – bei aller Notwendigkeit des Kompromisses – ganz deutlich machen. Vor dem Hintergrund wichtiger Reformvorhaben in Berlin hat der Parteitag wichtige Beschlüsse gefasst, die den „roten Faden der Gerechtigkeit“ in der Bundespolitik einfordern. Mit unseren Aussagen zum Mindestlohn, zur Gesundheitspolitik, zur Föderalismusreform und zur Unternehmenssteuerreform haben wir über den Bundesparteirat am 19. Juni direkt in die Kursbestimmung der SPD auf Bundesebene eingreifen können. Unsere Positionen finden in Berlin durch andere Landesverbände und Bezirke eine breite Unterstützung. Wir machen Druck für ein klares Profil der SPD – auf allen Ebenen!

*Claus Möller, SPD-Landesvorsitzender*

## Seminare

**8. bis 10. September**  
**Neumitglieder-Seminar** in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente.  
 „Fit fürs Ehrenamt“, Seminarreihe für Ortsvereinsvorstände. Nur noch wenige Plätze frei!  
**25. bis 27. August**  
**15. bis 17. September**  
**3. bis 5. November**  
 Anmeldung: SPD-Landesverband, Elfriede Marx, 04 31/9 06 06-46, Elfriede.Marx@spd.de

## Termine

**18. August, 10 Uhr**  
 Kanalkonferenz zu wirtschaftlichen Themen, Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels, Sönke Rix, Jörn Thießen, Brunsbüttel.  
**24. August, 15 Uhr**  
 Demenz – krank an Geist und Seele. Mit Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht, Jutta Schümann, MdL. Heide, Bürgerhaus.  
**26./27. August**  
 Juso-Landeskonferenz.  
**2. September, 10 Uhr**  
 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Landeskonferenz. Wrist, Cafe Sievert.  
**9. September, 14 Uhr**  
 30 Jahre Gesprächskreis SPD und Kirchen, Jubiläumsveranstaltung. Kiel, Landeshaus.

## AfA neu gegründet

Im Kreis Rendsburg-Eckernförde gibt es wieder einen Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Auf einer Versammlung im Eckernförder Stadthallen-Restaurant wurde am 7. Juni ein neuer AfA-Kreisvorstand gewählt. In seiner Begrüßung betonte der Vorsitzende des SPD-Kreisverbands und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix, wie wichtig die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen als Bindeglied zwischen der SPD und den Gewerkschaften ist. Der AfA-

Landesvorsitzende Wolfgang Mädél berichtete von der Arbeit der AfA in Schleswig-Holstein. Nur aktive Gewerkschafter in der SPD könnten der Partei das gewerkschaftliche Denken und Handeln näher bringen.

Bei den anschließenden Wahlen wurden Helmut Ulbrand aus Kronshagen als Vorsitzender sowie Gerd Finke aus Gettorf zu seinem Stellvertreter einstimmig gewählt. Zu Beisitzern wählte die Versammlung Thomas Hofmann, Frank Schischefsky und Michael Most. ■



Sönke Rix (links) und Wolfgang Mädél (rechts) mit dem AfA-Kreisvorstand: Helmut Ulbrand, Frank Schischefsky, Michael Most, Thomas Hofmann, Gerd Finke (von links nach rechts).



Gerührt nahm Helga Renger die Auszeichnung vom Kreisvorsitzenden Rolf Fischer und Ortsvereinsvorsitzenden Jürgen Röpstorff entgegen.

## Willy-Brandt-Medaille für Helga Renger

Der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der Vorsitzende des Ortsvereins „Kieler Mitte“, Jürgen Röpstorff, haben Helga Renger (80) mit der „Willy-Brandt-Medaille“ der SPD ausgezeichnet. Kreisverband und Ortsverein würdigen damit eine große politische Lebensleistung für Kiel.

Helga Renger gehört zu den Gründungsmitgliedern der Kieler SPD in den Nachkriegsjahren 1945/46. Lange Zeit war sie in verschiedenen Vorstandsfunktionen tätig, heute ist sie Ehrenvorsitzende ihres Ortsvereins. Bis vor Kurzem war sie aktives Vorstandsmitglied in der AG-60-plus. ■